

**Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung**

Band 90

**Bilanz und Perspektiven
des deutschen Vereinigungsprozesses**

Herausgegeben von

Lothar Mertens



Duncker & Humblot · Berlin

LOTHAR MERTENS (Hrsg.)

**Bilanz und Perspektiven
des deutschen Vereinigungsprozesses**

Schriftenreihe
der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Band 90

Bilanz und Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses

Herausgegeben von

Lothar Mertens



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2006 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5774

ISBN 3-428-12149-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Der vorliegende Sammelband enthält die schriftlichen Fassungen der Vorträge, die am 4. und 5. März 2005 auf der Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Berlin zum Rahmenthema *Bilanz und Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses* gehalten wurden.

Der Direktor des Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig, PD Dr. Rainer Eckert, setzt sich mit den verschiedenen politischen Aspekten der emotionalen Hinterlassenschaft und dem gewaltigen archivalischen Erbe des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in ihren gesamtgesellschaftlichen Dimensionen auseinander. Materialreich beschäftigt sich Dr. Klaus Krakat mit dem Wirtschafts- und Technologiestandort Berlin und dessen Entwicklungspotential. Die familialen Auswirkungen des Vereinigungsprozesses sowie das Fortbestehen tradierter DDR-Gesellschaftsmuster beleuchtet PD Dr. Dr. Lothar Mertens. Da die Belletristik für die Menschen in der DDR eine wichtige soziale Dimension besaß und Lesen, in Ermangelung anderer medialer Zerstreungsmöglichkeiten, im Osten Deutschlands einen wesentlich höheren Stellenwert als Freizeitbeschäftigung hatte, ist die Wahrnehmung des Vereinigungsprozesses in der ostdeutschen Literatur ein wichtiger zu berücksichtigender Aspekt, den Prof. Dr. Ilse Nagelschmidt kenntnisreich erforscht und kommentiert. Eine ebenso kritische wie pointierte volkswirtschaftliche Bilanz des Vereinigungsprozesses, die darüber hinaus viele weiterführende anregende Hinweise auf durchaus denkbare mögliche politische Alternativen enthält, präsentiert Prof. Dr. Spiridon Paraskewopoulos in seinem Rückblick. Prof. Dr. Anton Sterbling vermittelt einen sehr anschaulichen und differenzierten Überblick über die Wahrnehmung des deutschen Vereinigungsprozesses in Ost- und Südosteuropa, wobei die kritische Distanz der ehemaligen sozialistischen Bruderstaaten gegenüber dem einstmaligen sowjetischen Musterzögling DDR deutlich erkennbar wird.

Als schriftliches Ergebnis einer spannenden zweistündigen Podiumsdiskussion liegen abschließend zwei weitere interessante Beiträge vor. Den Transformationsprozess und die Demokratieakzeptanz in den fünf neuen Bundesländern analysiert Prof. Dr. Günther Heydemann, während Prof. Dr. Rolf Reißig aus einer dezidiert ostdeutschen Sicht die gesellschaftliche Transformation und den deutschen Vereinigungsprozess kritisch untersucht und sachlich kommentiert.

Dresden, im Frühjahr 2006

Lothar Mertens

Inhalt

Rainer Eckert	
Geheimpolizei und historisches Bewusstsein: 15 Jahre Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatssicherheit	9
Klaus Krakat	
Der Wirtschafts- und Technologiestandort Berlin im Vereinigungsprozess	23
Lothar Mertens	
Familie ade? Eheschließungen, Ehescheidungen und Geburtenentwicklung in den fünf neuen Bundesländern 1990-2003.....	51
Ilse Nagelschmidt	
Texte nach 1989 in Ostdeutschland: Über Brüche, Spannungen und Kontinuität	69
Spiridon Paraskewopoulos	
Bilanz und Perspektiven des deutschen Vereinigungsprozesses aus volkswirtschaftlicher Sicht.....	91
Anton Sterbling	
Die Bilanz des deutschen Vereinigungsprozesses aus ost- und südosteuropäischer Sicht.....	115
Günther Heydemann	
1989/90 nach 15 Jahren: Historischer Kontext, Transformationsprozess und Demokratieakzeptanz – Versuch einer Bilanz	131
Rolf Reißig	
Transformation Ostdeutschlands und deutsche Vereinigung: Einige Überlegungen und Anmerkungen	143
Verfasserin und Verfasser	155

Geheimpolizei und historisches Bewusstsein: 15 Jahre Auseinandersetzung mit dem Erbe der Staatssicherheit

Von Rainer Eckert

I. Staatssicherheit - ein kurzer Abriss

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS, auch als Stasi bezeichnet) war für die Staatspartei SED und ihre Politbürokratie das entscheidende Herrschaftsinstrument zum Erhalt und zum Ausbau der Macht. Es war nie Staat im Staate, sondern arbeitete stets als „Schild und Schwert“ der Partei. In dieser Geheimpolizei vereinten sich die Unterdrückung der Bevölkerung im eigenen Staat mit Spionage- und Diversionsfunktionen besonders in der Bundesrepublik. Das MfS hatte die Befugnisse eines mit exekutiven Kompetenzen ausgestatteten Untersuchungsorgans mit eigenen Haftanstalten und eines geheimen Nachrichtendienstes, die auf der Grundlage eines Gesetzes vom 8. Februar 1950 arbeiteten und außerhalb der SED keinerlei Kontrolle unterlagen. Seine Zuständigkeiten waren niemals präzise formuliert, und so konnte die Führung dieser Partei ihre Geheimpolizei repressiv nach innen und aggressiv nach außen beinahe beliebig einsetzen. Entsprechend der politischen Situation ging die Geheimpolizei unter ihren Ministern Wilhelm Zaisser, Ernst Wollweber und Erich Mielke gegen wirkliche oder vermeintliche Gegner brutal vor. Dabei änderte sich die Strategie des aggressiven Terrors der fünfziger Jahre hin zum Versuch der „flächendeckenden Überwachung“ der Bevölkerung und der systematischen „Zersetzung“ der Opposition in den achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Zentrale des MfS in Berlin gliederte sich in 13 Hauptabteilungen und 20 selbständige Abteilungen, die sich auf Bezirks- und Kreisverwaltungen sowie Dienststellen in Universitäten und in Schwerpunktbetrieben stützten. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter, die in absoluter Treue und fanatischer Hingabe an kommunistische Ideale erzogen wurden, erreichte schließlich 91.000, die der inoffiziellen Spitzel und Zuträger (IM) betrug zuletzt 173.000. Die Überwachung dehnte sich auf praktisch alle Lebensbereiche aus, konzentrierte sich jedoch besonders auf Bürgerrechtler, Jugendliche, die Kirchen und die Streitkräfte. Dazu kam die systematische Kontrolle des Grenzverkehrs sowie des Funk- und Telefonverkehrs. Für besondere Aufgaben war der Staatssicherheit das Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ mit zuletzt 11.700 Angehörigen als Verfügungstruppe zugeordnet.

Die Staatssicherheit verfügte weiterhin über eigene Ausbildungseinrichtungen wie eine „Juristische Hochschule“ mit Promotionsrecht, bildete ausländische Terroristen aus und hatte für den Spannungs- bzw. Kriegsfall Internierungslager für politische Gegner vorbereitet. Als ein wichtiges Ergebnis der friedlichen Revolution musste die SED ihre Geheimpolizei in ein „Amt für Nationale Sicherheit“ (ANS) umwandeln und schließlich 1990 auflösen. Die bereits befohlene Aktenvernichtung konnten Bürgerkomitees zumindest zu einem großen Teil verhindern und so die Unterlagen der Öffentlichkeit zugänglich machen.

II. Notwendigkeit und Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit

Schwierigkeiten bei der Auseinandersetzung mit der Geheimpolizei der SED entstanden zuerst aus ihrem geheimen Charakter, so dass die Bürgerrechtler der die Gedankenpolizei auflösenden Bürgerkomitees 1989/1990 vor einem weitgehend in seinen Strukturen unbekanntem Feind standen. Es musste erst Klarheit geschaffen werden, wie die Geheimpolizei aufgebaut war, wer ihre verantwortlichen Leiter waren, wie mit den Archiven umzugehen war und welche Rolle die inoffiziellen Spitzel spielten. Und es war auch nicht von Anfang an selbstverständlich, dass die Sicherung der Akten eine ganz vorrangige Aufgabe war. Und so konnten die bereits Anfang 1989 begonnenen Aktenvernichtungen zumindest für die Auslandsspionage HVA fortgesetzt werden.¹ Aber auch andere Bestände wurden vernichtet oder der elektronische Zugang zu ihnen zumindest vorläufig unmöglich gemacht.

Die Aufklärung erschwerte weiterhin massiv, dass sich die aufgelöste Geheimpolizei weiterhin weitgehend auf die Gefolgschaftstreue ihrer Mitarbeiter verlassen konnte. Und auch viele Mitglieder der Staatspartei stellten sich gegen eine Aufklärung der Aktivitäten ihrer Geheimpolizisten. So war es letztlich auch kaum verwunderlich, wenn das in der öffentlichen Diskussion oft als selbstverständlich vorausgesetzte Schuldgefühl der Träger und Profiteure der Diktatur nicht vorhanden war, oder verborgen wurde. Weitere Defizite etwa bei der Diskussion um die Verwicklung der Wissenschaft² in der DDR in die Fangarme der Stasi-Krake bestanden darin, dass nach ihren allgemeinen Strukturen, Arbeitsweisen und Folgen kaum gefragt wurde. Darüber hinaus hätte jede aufklärende Diskussion zuerst die ethischen Grundanforderungen an das Verhalten

¹ Lucht, S. 81-97.

² Eckert, S. 169 ff.

von Wissenschaftlern aber im nicht geringeren Maß von Politikern oder öffentlich Bediensteten klären müssen. Dazu wären Fragen wie die folgenden notwendig gewesen und hätten in einem gesellschaftlichen Konsens beantwortet werden müssen:

- Hat sich der erwähnte Personenkreis höheren moralischen Anforderungen zu stellen als ein „durchschnittlicher“ Bürger?
- Bedeutet dies, dass sie Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit über politische Überzeugungen und persönliche Ängste zu stellen haben?
- Und sind sie zur Verteidigung von Gewissens- und Meinungsfreiheit verpflichtet?

Ich denke, in allen drei Fällen kann die Antwort nur „ja“ lauten. Dieses „Ja“ gilt übrigens in jedem gesellschaftlichen System in dem Falle, dass wesentliche Grundrechte geheimdienstlich bedroht werden. Unter den Bedingungen der Diktatur rückten aber auch Fragen wie die folgenden in den Mittelpunkt:

- Ist die Zusammenarbeit mit der Staatspolizei in jedem Fall verwerflich oder nur dann, wenn sie direkt und persönlich schadet?
- Und wie sind aktive Tätigkeit aus Überzeugung, wie solche aus psychologischer Bedrängnis oder aus Anpasstheit und Feigheit zu bewerten?

Bei der Erarbeitung von Kriterien zur Beantwortung solcher Fragen und zur grundsätzlichen Einschätzung der Arbeit für die SED-Geheimpolizei verstrich in den Jahren nach 1989/90 viel Zeit ergebnislos und auch heute sind sie letztlich nicht vorhanden. Das erinnert in fataler Weise an den Umgang mit der Gestapo nach 1945. Auch bei dieser totalitären Geheimpolizei werden grundlegende Fragen nach ihrem inneren Funktionsmechanismus und nach der Bedeutung von Denunziation für ihre Arbeit erst in den letzten Jahren gestellt.³ Darüber hinaus sind ausreichende Grundlagen einer inhaltlichen Aktenkritik für beide Geheimdienste bis heute nicht geschaffen worden. So blieben Versuche, wie der frühzeitig von „Bündnis 90“ in Berlin unternommene, mit Hilfe eines differenzierten Fragenkatalogs eine Stasi-Mitarbeit qualitativ zu erfassen, eine Ausnahme. Empfohlen wurde damals, in jedem Einzelfall folgende Fragen zu beantworten:

- Wann und unter welchen Umständen ist jemand zum Inoffiziellen Mitarbeiter gemacht worden?
- Mit welchem Ziel wurde er geworben und in welcher Funktion war er für das MfS tätig?

³ Siehe Diewald-Kerkmann.